

An alle Abgeordnete der Knesset

Israel, 20. November 2011

Sehr geehrte/r Abgeordnete/r,

als Repräsentanten der politischen Stiftungen aus der Bundesrepublik Deutschland in Israel möchten wir unsere Besorgnis über eine Reihe von Gesetzesinitiativen zum Ausdruck bringen, die die finanziellen Rahmenbedingungen der Arbeit von israelischen Nichtregierungsorganisationen und damit zivilgesellschaftliches Engagement insgesamt, grundlegend verändern würden.

Die deutschen politischen Stiftungen haben das übergeordnete Ziel, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus in der Bundesrepublik Deutschland wie auch im Ausland zu fördern und zu stärken. Die Stiftungen dienen der politischen Bildung, dem Austausch und dem gemeinsamen Lernen zwischen den Gesellschaften Deutschlands sowie aller Länder, in denen sie aktiv sind. Sie engagieren sich auf vielfältige Weise und zu einer Vielzahl von gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Themen.

Alle deutschen politischen Stiftungen sind seit vielen Jahren in Israel repräsentiert und bemühen sich, insbesondere in Zusammenarbeit mit israelischen Einrichtungen, um ein intensives und freundschaftliches Verhältnis beider Länder. Dieses Verhältnis ist auch 66 Jahre nach dem Ende der Shoa keineswegs selbstverständlich. Es auszubauen und zu pflegen ist für uns daher ein Imperativ vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sowie auf der Basis gemeinsamer Werte und Interessen unserer beiden Länder. Das Recht des Staates Israel auf seine Existenz und Selbstbestimmung, seine Sicherheit und demokratische Verfasstheit sind dabei stets Grundlage unserer Arbeit.

Unsere Aktivitäten und Projekte geschehen unter anderem auf der Ebene politischer Kontakte mit Ihnen als Abgeordneten, mit Mitgliedern der israelischen Regierung, vor allem jedoch durch eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit der offenen und pluralistischen Zivilgesellschaft Israels. Diese Zivilgesellschaft ist beeindruckend in ihrer Vielfalt und in ihrem

Engagement. Sie ist ein wichtiger Garant für die Stabilität und Vitalität der israelischen Demokratie.

Im Interesse der konstruktiven weiteren Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen verfolgen wir daher mit Sorge einige aktuelle Gesetzesinitiativen, die die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen sowie unsere Zusammenarbeit mit ihnen wesentlich einschränken könnten.

Hochachtungsvoll,



Dr. Ralf Hexel
Friedrich-Ebert-Stiftung
ralf.hexel@fes.org.il



Marc Berthold
Heinrich-Böll-Stiftung
marc.berthold@il.boell.org



Michael Mertes
Konrad-Adenauer-Stiftung
Michael.Mertes@kas.de



Dr. Angelika Timm
Rosa-Luxemburg-Stiftung
timmgang@rosalux.co.il



Dr. Hans-Georg Fleck
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
hans-georg.fleck@fnst.org



Richard Asbeck
Hanns-Seidel-Stiftung
jerusalem@hss.de